

und Petition des Friedrich Anton Hofmann in Dresden, seine Einschätzung zur Einkommensteuer betr.

**Präsident:** Es bewendet bei den gedruckt verteilten Anzeigen.

(Nr. 664.) Bericht der Rechenschafts-Deputation über Kap. 77 und 79 des Rechenschaftsberichts auf die Finanzperiode 1900/01, Bergakademie zu Freiberg und Straßen- und Wasserbauverwaltung betr.

**Präsident:** Zur Schlußberatung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 665.) Der Verein Deutscher Handelsmüller übersendet 3 Druckexemplare einer an das preussische Haus der Abgeordneten gerichteten Petition um Ablehnung der von den Kleinmüllern erbetenen Einführung einer Umsatzsteuer für Großmühlen.

**Präsident:** Die Drucksachen liegen in der Kanzlei zur Einsichtnahme aus.

Für die heutige Sitzung haben sich dringender Berufsgeschäfte wegen entschuldigt der Herr Vizepräsident Opitz, der Herr Abg. Dr. Spieß und der Herr Abg. Günther.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich bin gebeten worden, Punkt 4 an erster Stelle zu nehmen und Punkt 5 an zweiter Stelle. Die Kammer wird gegen die Umstellung der Punkte der Tagesordnung nichts einzuwenden haben. — Ich konstatiere das.

Wir kommen daher zunächst zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Schlußberatung über den schriftlichen Bericht der Finanz-Deputation B über Tit. 12 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1904/05 und das Königl. Dekret Nr. 34 unter B, Neuanlage und Vermehrung der Reparaturstände für Lokomotiven, sowie für Personen- und Güterwagen (dritte Rate) betreffend.“ (Drucksache Nr. 248.)

Berichterstatter Herr Abg. Richter.

Ich eröffne die Debatte und gebe das Wort dem Herrn Berichterstatter.

Berichterstatter Abg. Richter: Meine geehrten Herren! Bei Tit. 12 des außerordentlichen Etats werden zum Neubaue von Reparaturwerkstätten für Lokomotiven, Personen- und Güterwagen 2,900,000 M. als dritte Rate verlangt, und zwar für Zwickau 600,000 M. und für Leipzig-Engelsdorf 2,300,000 M. Schlußrate.

Ihrer Deputation kamen die Verwaltungskosten, welche wieder mit 10 Prozent eingetragen waren, zu hoch vor. Sie hat sich daher mit der Königl. Staats-

regierung ins Einvernehmen gesetzt und im Einverständnis mit selbiger diese Verwaltungskosten um 109,150 M. zurückgestellt, so daß diese Summe im ganzen mit nur 2,190,850 M. zur Einstellung gelangt ist.

Im übrigen, meine Herren, handelt es sich nicht um neue Baulichkeiten, sondern um Planungen, welche bereits in zwei Landtagen in diesem hohen Hause zur Beratung gestanden haben. Der Bericht befindet sich in Ihren Händen; ich habe ihm weiter nichts hinzuzufügen.

Ich habe Sie nur zu bitten, sich dem Botum Ihrer Deputation anzuschließen und die geforderten Summen zu bewilligen.

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abg. Grumbt.

Abg. Grumbt: Meine Herren! Auf Seite 2 des Berichtes ist erwähnt, daß sich unsere Finanz-Deputation A den Ausführungen der Regierung vollkommen anschließt, insoweit es sich darum handelt, daß wir bei dem großen Betriebe unserer Staatsbahn Reparaturwerkstätten selbst haben müssen. Ich bin derselben Ansicht deswegen, weil erfahrungsgemäß Reparaturen bei Privaten ganz bestimmt teurer kommen würden als in unseren eigenen Staatswerkstätten selbst.

(Sehr richtig!)

Aber, meine Herren, es empfiehlt sich auch, um unsere Staatsbahnbetriebe, die wir für die Reparaturen haben müssen, vollständig zu beschäftigen, daß man dort auch den Neubau nicht ganz zurückstellt. Denn, meine Herren, in Zeiten, wo nicht genügend Reparaturen vorhanden sind, da fängt man dann naturgemäß, um die Arbeiter und Beamten nicht entlassen zu müssen, an, die Arbeit einzuteilen. Das gibt dann jedenfalls keine geringeren Spesen, im Gegenteil, höhere, und um das zu vermeiden, wird es sehr gut sein, einen Teil unserer neuen Waggon selbst zu bauen. Das wird ganz bestimmt auf die Generalunkosten einen sehr wohlthätigen Einfluß ausüben, sie werden billiger werden. Ich freue mich, daß man Kalkulationen einführen will, und hoffe, daß dabei auch auf Abschreibungen bei Maschinen Rücksicht genommen werden wird. Denn nur dann, wenn Abschreibungen an Maschinen mit kalkuliert werden, bekommt man ein richtiges Kalkül darüber, was die Arbeit selbst kostet.

Es ist in dem Berichte erwähnt, man sei dabei auf 50 Prozent als Zuschlag zu den Arbeitslöhnen gekommen. Das finde ich wenig; ich glaube, es wird etwas mehr kosten. Jedenfalls würde es mir interessant sein, von der Regierung eine Aufklärung darüber zu erhalten, ob